

PROTOKOLL

Workshop Präventive Ansätze („informieren statt delogieren“)

Hubert Mittermayr (Wohnplattform Linz)

Gedanken, Überlegungen, Diskussionspunkte:

- Grundsatzfrage: **Wann kann (sollte) Prävention schon beginnen?**

→ Prävention beginnt beim **Einzug** in Wohnung...

→ oder schon **bei Wohnungsvergabe**? (zB: Gemeinde, Wohnungsausschuss klärt im Vorfeld schon ab, ob sich jemand Wohnung überhaupt leisten kann (Einwurf: wäre unter Umständen Eingriff in persönliche Entscheidungsfreiheit, Selbstbestimmung, Stichwort: „Entmündigung“?)

→ in **Schule**: Aufklärungs(Info)arbeit in der Schule durch BeraterInnen der Wohnungslosenhilfe → Kosten einer Wohnung, Umgang mit Geld iS von Bewusstseinsbildung

auch: Umgang mit Geld, Sparen...als wesentlicher Teil der Erziehung im Elternhaus

Zielgruppe „junge Erwachsene“:

Diese sind speziell in Wien verstärkt von Wohnungsverlust bedroht, weil es oft an Wissen mangelt, was für Wohnungserhalt wichtig ist (hohes Informationsdefizit, Mangel an Bildung)... Präventiver Ansatz beginnt nicht erst bei Überschlagen von Miete und Betriebskosten, auch Kautions, Strom, Kosten für Parkplatz, Heizung und generell laufende Fixkosten (Internet, usw) sind mit zu bedenken

- grds. bei der Schaffung von leistbarem Wohnraum (Senkung der Einstiegskosten ua. durch Abschaffung der MV-Vergebührung usw.):

→ **Politik ist gefordert**, entsprechende Strukturen zu schaffen (politisch-strukturelle Lobbyarbeit)

- Es besteht **Mangel an Richtlinien bei der Wohnungsvergabe**, Forderung nach Klarheit, Transparenz, wer Wohnung bekommt („Bonitätsprüfung“), Mindesteinkommen!...

aber: es ist nicht immer nur ein Problem von leistbarem Wohnraum, auch falsche Prioritäten bei Ausgaben...“mangelnde Finanzkompetenz der MieterInnen“

auch: Mangel an leistbarem Wohnraum kann dazu führen, dass notgedrungen teurere Wohnungen genommen werden „müssen“, die dann in weiterer Folge nicht erhalten werden können...

- wenn es bereits **Mietrückstände** gibt, ist im Einzelfall die Zusammenarbeit (Kommunikation, Abläufe, Instrumentarien) zw. Genossenschaft und den Beratungsstellen sehr bedeutsam, die Prioritäten können jedoch unterschiedlich sein, die gefundenen Lösungen können sehr unterschiedlich sein...

Überlegungen:

Die Genossenschaft (Wohnbauträger, Gemeinden) informiert die Beratungsstellen, dass es Rückstände von 1- 2 Monatsmieten gibt („Frühwarnsystem“), anstatt wie bisher „nur“ eine Mahnbeilage mit Hinweis auf die Beratungsstelle mitzusenden.

→ *Effektive Prävention hängt auch vom Umgang mit Datenschutz ab!*

Idee: MieterInnen könnte (sollte) im Mietvertrag Vollmacht unterschreiben, dass bei Mietrückständen Beratungsstellen der WLH informiert werden dürfen.

Funktioniert in der Praxis nicht immer:

Mahnbeilagen werden nicht mitgeschickt, weil zu hoher Aufwand, dh. Anschreiben von MieterInnen funktioniert kaum...

Einwand/Anmerkung: Kontakt mit WLH ist kann auch ein unerwünschter Mehraufwand für Genossenschaften sein, da sie einen bestimmten Betrag für Kosten der Räumungsverfahren steuerlich absetzen dürfen, und dies einkalkulieren – Arbeit mit WLH ist also ein Mehraufwand, da der Ausstand ohnehin „einfach abgeschrieben“ werden kann!

Manchmal sind die Wünsche von MieterInnen nach einer bestimmten Wohnung mit der Realität der Leistbarkeit nicht vereinbar.

- Probleme auch durch **Informationsmangel** oder falsche Informationen von Drittstellen (auch bei KooperationspartnerInnen) an MieterInnen...somit gibt es tw. keinen Kontakt zu entsprechenden Sozialeinrichtungen!

Wie könnte es gelingen Informationen zur „Zielgruppe“ zu bringen (Bewusstseinsbildung)?

- durch „nachgehende Arbeit“ (Begleiten bei Einzug, Fakten benennen...Leute auf den Boden der Tatsachen holen...)

- durch Nutzung sozialer Medien („social media“)...zB: Apps, spielerische Gestaltung der Informationen, etc

- **Infokampagne** starten, die uU von Wohnbauträgern (auch finanziell) mitgetragen werden sollte

zB: Positiv formulierte **Plakate:** „So können sie ihre Wohnung sichern!“ gemeinsam mit Hinweis auf unterstützende Stellen!

Auch Medium „Zeitungen“ wäre als KooperationspartnerInnen für solch eine Kampagne denkbar.

Grds. stellt sich die Frage der Finanzierbarkeit einer solchen Kampagne.

Protokoll:

Johannes Friedrich

Netzwerk Wohnungssicherung Steyr